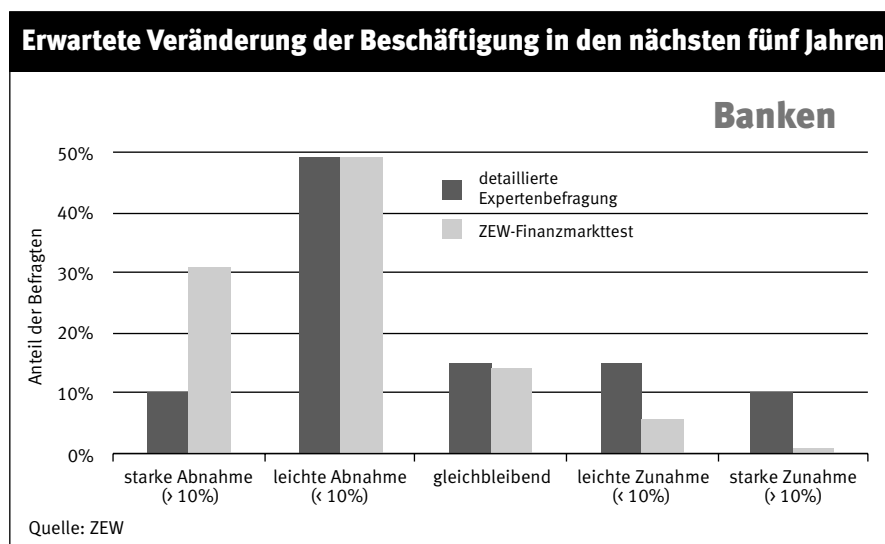


## Finanzsektor: Hoch Qualifizierte sind auch in Zukunft gefragt

Bis zu 100.000 Arbeitsplätze können im Finanzsektor in den nächsten Jahren verloren gehen. Allerdings werden auch neue Arbeitsplätze entstehen – für Fachhochschul- und Universitätsabsolventen. Die Last des Stellenabbaus tragen somit fast ausschließlich die geringer Qualifizierten. Dies zeigt eine aktuelle ZEW-Studie.



Die Beschäftigungsentwicklung bei Banken, Versicherungen und sonstigen Finanzdienstleistern steht derzeit im Mittelpunkt der öffentlichen Diskussion. Die Gewerkschaften klagen, dass im Finanzsektor Arbeitsplätze in großem Umfang in Gefahr seien, obwohl die Geschäftsentwicklung boome. Neben dem langfristigen Trend zum Abbau von Filialen und Schalterpersonal trafen die Stellenstreichungen nun auch die Wachstumsbereiche, in denen hoch qualifizierte Spezialisten arbeiteten.

Eine aktuelle Studie, für die das ZEW im Auftrag des Bundesministeriums für Wirtschaft und Technologie Experten in Banken, Versicherungen und bei sonsti-

gen Finanzdienstleistern befragt hat, lässt indessen erkennen, dass keineswegs von einem einheitlichen Trend zum Beschäftigungsabbau im deutschen Finanzgewerbe die Rede sein kann. Vielmehr gilt es deutlich nach Qualifikationsgruppen und Einsatzbereichen zu unterscheiden.

1998 gab es in Westdeutschland etwa 670.000 sozialversicherungspflichtig Beschäftigte in Kreditinstituten, 1997 in Ostdeutschland knapp 90.000. Im Versicherungsgewerbe waren 1998 in Westdeutschland etwa 267.000, 1997 in Ostdeutschland etwas über 20.000 Arbeitnehmer sozialversicherungspflichtig beschäftigt. In Westdeutschland ist

schon seit Mitte der Neunzigerjahre ein Arbeitsplatzabbau bei Banken und Versicherungen festzustellen. Der bisherige Beschäftigungsrückgang war allerdings moderat, wie ein Vergleich mit den Höchstwerten bei der Beschäftigung in diesen Branchen zeigt: Im westdeutschen Bankgewerbe waren dies im Jahr 1994 rund 690.000 Beschäftigte und im westdeutschen Versicherungsgewerbe 1993 rund 280.000 Beschäftigte. Eine Analyse nach Qualifikationsgruppen zeigt, dass vor allem gering Qualifizierte vom bisherigen Stellenabbau betroffen waren. Die Beschäftigung von Universitäts- und Fachhochschulabsolventen weist dagegen einen durchgängig positiven Trend auf.

Die ZEW-Analysen zu den Ursachen für die rückläufige Beschäftigungsentwicklung vor allem bei gering Qualifizierten in der Vergangenheit zeigen,

### In dieser Ausgabe

Beschäftigungsperspektiven im Finanzsektor .....	1
Was hilft dem Neuen Markt? .....	2
Unternehmensnahe Dienstleister .....	3
ZEW-Konferenz .....	4
ZEW-Seminar, ZEW-Intern .....	5
ZEW-Neuerscheinungen, ZEW-Termine ..	6
Daten und Fakten .....	7
Standpunkt .....	8

## ZEW-Forschungsergebnisse

dass die Gründe für diese Entwicklung sowohl in den Arbeitskosten als auch im Technologieeinsatz zu suchen sind. So hatte eine Erhöhung der Lohnkosten für gering Qualifizierte deutlich negativere Beschäftigungseffekte als für höher Qualifizierte. Hinzu kommt, dass die Beschäftigung hoch Qualifizierter mit steigendem Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien zunimmt, während vor allem die niedrig Qualifizierten die negativen Folgen dieser Rationalisierungen zu tragen haben.

Die Ergebnisse zeigen weiterhin, dass die jüngsten Tendenzen zum Stellenabbau auch in Bereichen, in denen typischerweise hoch qualifizierte Mitarbeiter zum Einsatz kommen, eher ein zyklischer Reflex auf die starke Expansion

Ende der Neunzigerjahre sind als ein anhaltender Trend. Längerfristig ist durchaus mit einer weiteren Beschäftigungszunahme bei hoch Qualifizierten zu rechnen. Fachhochschul- und Universitätsabsolventen werden in allen Geschäftsbereichen künftig verstärkt gesucht. Auch für die Zukunft werden diejenigen Geschäftsfelder als wachstumsträchtig eingestuft, in denen die qualifikatorischen Anforderungen an die Mitarbeiter hoch sind. Dies trifft etwa auf die Einsatzfelder Beratung, Vermögensverwaltung und Wertpapierhandel zu. Im Gegensatz dazu werden die Beschäftigungsanteile von Mitarbeitern ohne formale Berufsausbildung weiter sinken.

Ingesamt ist ein weiterer Rückgang der Beschäftigten im Finanzsektor zu er-

warten. Eine Mehrheit der befragten Branchenangehörigen prognostiziert für die nächsten fünf Jahre eine Abnahme von maximal zehn Prozent gegenüber dem gegenwärtigen Beschäftigtenstand, also einen Verlust von bis zu 100.000 Arbeitsplätzen. Im Bereich der sonstigen Finanzdienstleister wie etwa bei unabhängigen Vermögensverwaltern oder Finanzberatern wird dagegen der Personalbestand voraussichtlich deutlich zunehmen. Ein Großteil der Befragten geht für die sonstigen Finanzdienstleister sogar von Steigerungen von mehr als zehn Prozent aus.

Die Studie ist als Band 58 der ZEW-Wirtschaftsanalysen im Nomos-Verlag, Baden-Baden, erschienen. ◀

*Dr. Peter Westerheide, westerheide@zew.de*

## Was hilft dem Neuen Markt?

Seit seinem Höchststand im Frühjahr 2000 hat der NEMAX 50 mehr als 90 Prozent an Wert verloren. Analysten und Medien sprechen von einer Vertrauenskrise am Neuen Markt. Das ZEW hat im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests rund 330 Analysten und institutionelle Anleger zu den Ursachen dieser Vertrauenskrise befragt. Die Befragten sehen die Ursachen insbesondere im mangelhaften Finanzmanagement vieler Unternehmen, in überzogenen Unternehmensstrategien sowie in der Zeichnungseuphorie Ende der Neunzigerjahre.

■ Das ZEW befragt im Rahmen des ZEW-Finanzmarkttests monatlich etwa 330 Finanzexperten aus Banken, Versicherungen und großen Industrieunternehmen nach ihren Einschätzungen und Prognosen wichtiger internationaler Finanzmarktdaten. Die Experten gaben im August zusätzlich Auskunft darüber, wo ihrer Meinung nach die Ursachen der Vertrauenskrise am Neuen Markt liegen: in der Person des Gründers, im Unternehmen selbst oder bei anderen Faktoren.

Mehr als 80 Prozent der befragten Experten bemängeln bei den Gründern die unzureichenden Marktkennntnisse, ein mangelhaftes Finanzmanagement und einen verfrühten Verkauf der Anteile sowie die falsche Auswahl von Managern. Insbesondere das Finanzmanagement der Unternehmen am Neuen Markt wird

von den Finanzexperten kritisiert: Mehr als 95 Prozent der Befragten sehen hier in einen Grund für die Vertrauenskrise.

Nicht viel anders sieht es aus, wenn man das gesamte Unternehmen betrachtet. Auch hier stimmen mehr als 95 Prozent der Aussage zu, dass die Ursachen in einer überzogenen Unternehmensstrategie liegen. Mehr als 90 Prozent glauben, dass die Informationspolitik der Unternehmen mangelhaft ist und dass der Börsenstart zu früh erfolgte. Während etwa 56 Prozent der befragten Finanzexperten der Meinung sind, dass mangelndes Kapital eine Ursache für die Vertrauenskrise ist, glauben weniger als 40 Prozent, dass die Vertrauenskrise auch auf fehlenden Arbeitskräfte zurückzuführen ist.

Fragt man die Finanzexperten, welche weiteren Faktoren als Ursache der Ver-

trauenskrise in Frage kommen, so nennen mehr als 95 Prozent die Zeichnungseuphorie als einen Grund für die Krise, und nahezu 85 Prozent sehen Probleme in der externen Kontrolle. Ferner sind nahezu 80 Prozent der Meinung, dass die Börsenanforderungen zu niedrig sind, und 60 Prozent halten die aktuellen Rechnungslegungsvorschriften für nicht ausreichend. Als einen richtigen Schritt, um wieder mehr Vertrauen zu schaffen, scheinen die Experten daher die Verschärfung der Börsen- und der Rechnungslegungsvorschriften zu sehen.

Die Ergebnisse sind erschienen in: Lehmann, Hess und Lüders, Vertrauenskrise am Neuen Markt, ZEW Finanzmarktreport Nr. 9/September 2001, Seite 3. ◀

*Erik Lüders, lueders@zew.de;  
Dr. Dieter Hess; Dr. Erik Lehmann*

**ZEW-Forschungsergebnisse**

# Unternehmensnahe Dienstleister: IKT sind weit verbreitet

Der Verbreitungsgrad von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) ist bei den unternehmensnahen Dienstleistern hoch. Die einzelnen Branchen unterscheiden sich jedoch hinsichtlich der IKT-Infrastruktur. Dies geht aus einer Konjunkturumfrage bei unternehmensnahen Dienstleistern hervor, die das ZEW gemeinsam mit dem Verband der Vereine Creditreform, Neuss, im Juni und Juli 2001 durchgeführt hat.

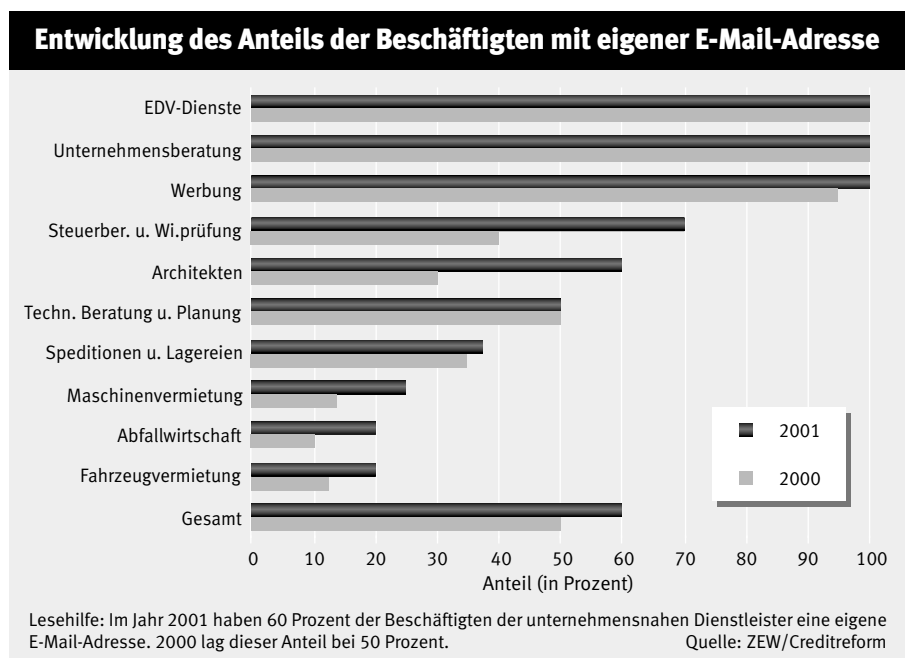
■ An der Dienstleistungsumfrage von ZEW und Creditreform beteiligen sich vierteljährlich rund 1.000 Unternehmen aus folgenden Branchen: Steuerberatung und Wirtschaftsprüfung, Unternehmensberatung, Architektur, technische Planung und Beratung, Kfz-Vermietung, Maschinenvermietung, Speditions- und Logistikunternehmen, EDV-Dienstleistungen, Werbeagenturen sowie Unternehmen der Abfallwirtschaft.

Das Internet gehört zur Standardausrüstung der unternehmensnahen Dienstleister. Der Umsatzanteil der Unternehmen, die eine eigene Homepage haben, beträgt fast 90 Prozent.

E-Mail ist ebenfalls eine Standardeinrichtung bei den unternehmensnahen Dienstleistern. Insgesamt haben durchschnittlich 60 Prozent aller Beschäftigten eine eigene E-Mail-Adresse. Bei den EDV-Dienstleistern, den Unternehmensberatern und den Unternehmen der Werbebranche haben alle Beschäftigten eine eigene E-Mail-Adresse. E-Mail spielt somit eine wichtige Rolle für die Geschäftsabwicklung und Erstellung wissensintensiver Dienstleistungen. Anders bei den Fahrzeugvermietern und Unternehmen der Abfallwirtschaft: In diesen eher traditionellen Branchen beträgt der Anteil der Beschäftigten mit eigener E-Mail-Adresse nur rund 20 Prozent.

## E-Commerce auf dem Vormarsch

Die Verbreitung von Electronic Commerce (E-Commerce) als neuem Vertriebskanal spiegelt ebenfalls die Vielfalt der Branchen der unternehmensnahen Dienstleister wider. Rund 30 Prozent des Umsatzes des Wirtschaftszweigs erzielen Unternehmen, die E-Commerce in Geschäftsbeziehungen zu anderen Un-



ternehmen (B2B) einsetzen. Die Verbreitung ist bei wissensintensiven Dienstleistern wie beispielsweise EDV-Dienstleistern (51 Prozent) oder Unternehmensberatern (43 Prozent) weit höher als in traditionellen Branchen.

Die Bedeutung von E-Commerce gemessen am Umsatzanteil, den die Unternehmen damit erzielen, ist mit einem Prozent aber noch recht gering. Bei den EDV-Dienstleistern und in der Werbebranche, aber auch bei Maschinen- und Fahrzeugvermietern beträgt dieser Anteil jedoch bereits fünf Prozent.

Im Vergleich zum Jahr 2000 hat sich der Umsatzanteil der unternehmensnahen Dienstleister, die über ein Intranet verfügen, um mehr als 20 Prozentpunkte erhöht und liegt heute bei rund 60 Prozent. Auch bei dieser Internet-Technologie liegen die EDV-Dienstleister, die Unternehmensberater und die Unternehmen der Werbebranche vorne. Fahr-

zeugvermieter, Speditionen und Lagereien sowie Steuerberater und Wirtschaftsprüfer nutzen dagegen das Internet nur selten.

In Zukunft werden die unternehmensnahen Dienstleister ihre Infrastruktur an IKT weiter ausbauen. Rund 75 Prozent des Umsatzes der unternehmensnahen Dienstleister werden von Unternehmen erzielt, die angeben, in den nächsten zwei Jahren die Nutzung von IKT in ihrem Unternehmen zu erweitern. Die Unternehmen, die keine Ausweitung ihrer IKT-Infrastruktur planen, erwarten meist keine Effizienzgewinne für ihre Geschäftstätigkeit. Keinen Hinderungsgrund stellen hingegen die Investitionskosten und die laufenden Kosten der Betreuung der IKT dar, vor allem, da die unternehmensnahen Dienstleister bei der Betreuung ihrer IKT-Infrastruktur häufig auf externe Unternehmen zurückgreifen. ◀

Alexandra Spitz, spitz@zew.de

## ZEW-Konferenz

### Löhne, Arbeitszeit und Beschäftigung

■ Nach Abschluss des Forschungsprojekts „Arbeitszeitflexibilisierung und Beschäftigung“, das von der Fritz-Thyssen Stiftung finanziell unterstützt wurde, fand im Juli 2001 am ZEW ein internationaler Workshop mit dem Titel „Wages, Working Hours and Employment“ statt. Zahlreiche international anerkannte Wissenschaftler aus Deutschland, Europa und den USA trugen zu einem vielseitigen und anspruchsvollen Programm bei. Im Zentrum des Workshops stand die Diskussion neuer Aspekte der Arbeitszeitgestaltung und deren Auswirkungen auf Löhne und Beschäftigung. Damit beschränkte sich das Themenspektrum nicht nur auf die traditionelle Teilzeitarbeit, sondern umfasste auch Schichtarbeit, Arbeitszeitkonten und die Bedeutung von unbezahlten Überstunden.

#### Bedeutung von Schichtarbeit

Thema der ersten Sitzung des ersten Konferenztags waren die Bedeutung und Nutzung von Schichtarbeit und ihre Auswirkungen auf die Löhne. Federica Origo (IRS, Mailand) stellte eine mikroökonomische Analyse über Schichtarbeit in der italienischen Metallindustrie vor. Ergebnis war, dass der Einsatz von Schichtarbeit sowohl durch die Arbeitsmarktbedingungen als auch durch die Gütermärkte beeinflusst wird. Wie zu erwarten, erhöhen die Kapitalintensität und die Größe des Betriebs die Wahrscheinlichkeit, dass die Mitarbeiter des

Unternehmens in Schicht arbeiten. Dass die Bereitschaft der Belegschaft zu „schichten“ stark von dem Lohnaufschlag für Schichtarbeit abhängt, zeigte Joseph Lanfranchi (Université Panthéon-Assas, Paris II) in einer empirischen Studie auf Basis französischer Individualdaten. Aus seinem Vortrag ging weiterhin hervor, dass sich die Arbeitnehmer für die Arbeit zu „unsozialen“ Arbeitszeiten entschädigen lassen.

In der zweiten Sitzung wurde die Vorteilhaftigkeit von Überstundenregulierungen und Arbeitszeitkonten diskutiert. Daniel Hamermesh (University of Texas, Austin) legte anhand eines Vergleichs der Verbreitung von Überstunden und deren zeitlicher Lage zwischen den USA und Deutschland dar, dass es auch in den USA eine ökonomische Rechtfertigung für die Ausweitung der Ausgleichsfristen für Überstunden gibt, beispielsweise mit Hilfe von Jahresarbeitszeitkonten. Problematisch sei jedoch, dass eine derartige Änderung zu Lasten von gering qualifizierten Arbeitnehmern gehe, da diese in den USA sehr oft ihren Arbeitgeber wechselten und somit selten in den Genuss von Überstundenzuschlägen kämen. Vivian Carstensen (Universität Hannover) erläuterte jedoch anhand eines theoretischen Modells, dass die Einführung von Arbeitszeitkonten zu einer Pareto-Verbesserung für Arbeitnehmer und Arbeitgeber führen kann, da kurzfristige reallokative Schocks mit Hilfe der Arbeits-

zeitkonten ausgeglichen werden können und dafür Arbeitsplatzgarantien für die Arbeitnehmer ausgesprochen werden.

Arbeitszeitkonten können demnach als wechselseitige Versicherung zwischen dem Unternehmen und dessen Belegschaft aufgefasst werden.

In der letzten Sitzung zeigte Rob Euwals (IZA, Bonn) auf Basis des niederländischen Sozio-ökonomischen

Panels, dass selbst in den Niederlanden, dem Musterland für Teilzeitarbeit und flexible Arbeitszeiten, beträchtliche Arbeitszeitrestriktionen vorhanden sind. Ebenso wie in anderen Ländern haben Frauen, die ihren Arbeitgeber wechseln, weitaus höhere Chancen, die wöchentliche Arbeitszeit ihren Wünschen entsprechend anzupassen, als Arbeitnehmerinnen, die bei der gleichen Firma weiterarbeiten. Abschließend demonstrierte Arthur van Soest (Tilburg University) die Arbeitsangebotseffekte einer in den Niederlanden vorgeschlagenen Steuerreform mit Hilfe eines strukturellen Arbeitsangebotsmodells. Die zugrundeliegende Nutzenfunktion schätzte er mit Hilfe nicht-parametrischer Methoden völlig flexibel. Dass dieser Schätzansatz viel versprechend ist, legte er mit Hilfe von Monte Carlo Simulationen überzeugend dar.

#### Arbeitszeit und Entlohnung

Thema des zweiten Konferenztags war der Zusammenhang zwischen Arbeitszeit und Entlohnung. Elke Wolf (ZEW, Mannheim) zeigte, dass in Deutschland die Lohndifferenziale zwischen teilzeit- und vollzeitbeschäftigten Frauen größer sind als in den Niederlanden. Außerdem unterscheiden sich diese Lohndifferenziale deutlich zwischen verschiedenen Berufsgruppen und Branchen. Bob Hart (Stirling University) lenkte die Aufmerksamkeit der Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer auf das „Phänomen“ unbezahlter Überstunden in Deutschland und Großbritannien. In seinem Vortrag beschrieb er das Ausmaß unbezahlter Überstunden und erläuterte mögliche Erklärungsansätze, die er in einer empirischen Analyse testete. Abschließend ging Gesine Stephan (Universität Hannover) der Frage nach, warum Frauen überdurchschnittlich häufig nach Akkordlohn und selten nach Stundenlohn bezahlt werden.

Das Programm der Konferenz sowie alle Konferenzbeiträge können im Internet unter [www.zew.de](http://www.zew.de) heruntergeladen werden. ◀

Elke Wolf, [wolf@zew.de](mailto:wolf@zew.de)



## ZEW-Seminar

### Überlebensdauer von Innovationen – Struktur und Prädiktoren

■ Im Rahmen des ZEW-Seminars gab Dr. Thomas Åstebro einen Überblick über die neuesten Ergebnisse auf seinem Forschungsgebiet „Technologischer Wandel und Unternehmerverhalten“. Das Ziel seiner Forschungsarbeit ist die Bestimmung von Indikatoren, anhand derer sich bereits im Vorfeld die Erfolgsaussichten von Projekten in Forschung und Entwicklung (FuE) bestimmen lassen. Daraus lassen sich dann Handlungsempfehlungen für die Verteilung des Budgets für Forschungs- und Entwicklungsprojekte ableiten.

Auch untersucht wurden von Åstebro die Faktoren, die die Überlebensdauer von Innovationen beeinflussen können. In Clusteranalysen zeigte er auf, dass wie erwartet eine stabile Nachfrage und der für die Profitabilität einer Innovation notwendige Preis die Lebensdauer einer Innovation stark beeinflussen.

Für die Untersuchung standen Åstebro Daten des kanadischen Innovationszentrums CIC in Waterloo zur Verfügung, die durch eine telefonische Befragung von Einzelerfindern ergänzt wur-



Dr. Thomas Åstebro

den. Von den untersuchten mehr als 1.000 Produktideen gelangten 105 bis zur Marktreife. Die Überlebensdauer dieser Innovationen am Markt waren Gegenstand von Åstebros Untersuchung. Die Überlebenswahrscheinlichkeit einer Innovation wird in der Untersuchung modelliert als vergangenheitsunabhängige Funktion: Die Entscheidung über die Herstellung des neuen Produkts oder den Einsatz des neuen Verfahrens im Unternehmen hängt dem-

nach ausschließlich von der erwarteten Profitabilität der Innovation in der nächsten Periode ab. Dabei wird eine konstante Wahrscheinlichkeit des Scheiterns für jede Zeitperiode angenommen, die unabhängig von den bereits erwirtschafteten Erträgen der Vorperioden oder der bisherigen Lebensdauer der Innovation ist. Die von Åstebro präsentierten empirischen Ergebnisse zeigen, dass sich die Überlebenswahrscheinlichkeit von Innovationen unter bestimmten Bedingungen anhand einer einfachen geometrischen Funktion modellieren lässt, die sich an die Discount Cash Flow (DCF)-Analyse anlehnt.

Dr. Thomas Åstebro ist Associate Professor an der Universität Waterloo in Ontario, Kanada, und derzeit Gastprofessor an der Universität Toronto, der Jonköping International Business School und der Queensland University of Technology. Åstebros Forschungsschwerpunkte sind die mikroökonomische Analyse des technischen Wandels und des Wachstums von Unternehmen. ◀

Information: Dr. Georg Licht, licht@zew.de

## ZEW-Intern

### Delta Park managt ZEW-Seminarräume

■ Die Seminarräume des ZEW werden seit dem 1. September 2001 nicht mehr vom ZEW selbst, sondern vom Best Western Delta Park Hotel, Mannheim, gemanagt. Ebenfalls in den Händen des Hotels liegt jetzt die Bewirtschaftung des Bistro „Euro“. Damit trägt Delta Park die Verantwortung für die Versorgung der ZEW-Mitarbeiterinnen und -Mitarbeiter sowie von Gästen und Seminarteilnehmern mit Speisen und Getränken und ist für die Verwaltung der Seminarräume sowie die Organisation von Tagungen und Banketts zuständig. Kontakt: Sandra Bitsch, Telefon 0621/1235-252, E-Mail delta@zew.de

### Das neue ZEW-Seminarprogramm ist da!

Ab Herbst dieses Jahres bietet das ZEW wieder zahlreiche Fortbildungsveranstaltungen an. Die inhaltlichen Schwerpunkte der Seminare sind: Finanzmarktmanagement; Unternehmensführung und Organisation; Steuern, Rechnungswesen und öffentliche Finanzwirtschaft; Methodenkompetenz.



Zu den Referenten zählen neben den Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern des ZEW auch Hochschulprofessoren und ausgewiesene Praktiker aus innovativen Unternehmen. Eine Übersicht über die einzelnen Veranstaltungen finden Sie im neuen Seminarprogramm, das alle Fortbildungsveranstaltungen von Oktober 2001 bis Juli 2002 enthält.

Bestellen Sie ein kostenloses Exemplar bei: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: pauli@zew.de

## ZEW-Neuerscheinungen

### ■ Discussion Papers

Kaiser, Ulrich: *Differences in Response Patterns in a Mixed Mode – Online/Paper & Pencil Business Survey*, No. 01-50.

Bürgel, Oliver; Fier, Andreas; Licht, Georg; Murray, Gordon: *Timing of International Market Entry of UK and German High-Tech Start-Ups*, No. 01-51.

Löschel, Andreas; Mraz, Marian: *EU Enlargement and Environmental Policy*, No. 01-52.

Ziegler, Andreas: *Simulated z-Tests in Multinomial Probit Models*, No. 01-53.

Czarnitzki, Dirk; Rammer, Christian: *Technology Transfer and the Internet: A Chance for Outsiders Public Science to*

*get Into the Business?*, No. 01-54.

Fitzenberger, Bernd; Wunderlich, Gaby: *The Changing Gender Gap Across the Wage Distribution in the U.K.*, No. 01-56.

Hagen, Tobias: *Does Fixed-Term Contract Employment Raise Firms' Adjustment-Speed? Evidence from an Establishment Panel for West-Germany*, No. 01-57.

## ZEW Wirtschaftsanalysen/Schriftenreihe des ZEW

Rolf Caesar und Friedrich Heinemann (Hrsg.):

### **EU-Osterweiterung und Finanzmärkte**

Der Erfolg der EU-Erweiterung wird auch entscheidend davon abhängen, ob im Integrationsprozess zwischen Ost und West Erschütterungen auf den Finanzmärkten vermieden werden können, ein Aspekt, der bislang in der politischen Diskussion mit ihrer perspektivischen Verengung auf Arbeitsmarkteffekte und budgetäre Schwierigkeiten weit gehend vernachlässigt wurde. Eine gemeinsame Konferenz des ZEW und des Arbeitskreises Europäische Integration hat sich daher diesem Themenbereich gewidmet. Der Band enthält die dort vorgestellten Analysen.

Die Beiträge befassen sich mit der angemessenen Reihenfolge von realwirtschaftlicher und finanzwirtschaftlicher Integration und der angemessenen Wechselkurspolitik der EU-Kandidaten. Weitere Analysen betreffen den Zustand des osteuropäischen Bankensystems, die Rolle institutioneller Investoren und internationaler Finanzinstitute. Von unmittelbarer politischer Relevanz sind die Aufsätze, die sich mit der Akzeptanz ausländischer Direktinvestitionen in den Bewerberstaaten und dem Verhältnis von politischer Souveränität und Globalisierung befassen.

*Band 57, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2001, ISBN 3-7890-7483-7*

Wolfgang Gerke; Carlo Beck; Ralf-Henning Peters; Daniel Schäffner; Michael Schröder; Peter Westerheide:

### **Beschäftigungsperspektiven im Finanzsektor**

Die Studie zur Beschäftigungsentwicklung im Finanzsektor zeigt, dass in den kommenden fünf Jahren bei Banken und Versicherungsunternehmen ein Stellenabbau und ein Wandel in der Qualifikationsstruktur zu erwarten ist. Branchenangehörige prognostizieren eine Verringerung von höchstens zehn Prozent des gegenwärtigen Beschäftigtenstandes. Im Bereich der sonstigen Finanzdienstleister wie beispielsweise unabhängigen Vermögensverwaltern oder Finanzberatern wird dagegen der Personalbestand voraussichtlich deutlich zunehmen. Eine Analyse der Arbeitsnachfrage nach Qualifikationsstufen lässt erkennen, dass in der Vergangenheit der Einsatz von Informations- und Kommunikationstechnologien (IKT) im Finanzsektor einen negativen Einfluss auf die Beschäftigung Geringqualifizierter und einen positiven Einfluss auf die Beschäftigung Hochqualifizierter hatte.

*Band 58, Nomos-Verlagsgesellschaft, Baden-Baden, 2001, ISBN 3-7890-7549-3*

## ZEW-Termine

### ■ Expertenseminare

*Messung und Management von Kreditrisiken*, 24. Oktober 2001, ZEW-Gebäude

*Wettbewerbsanalyse – Competitive Intelligence*, 24. Oktober 2001, ZEW-Gebäude

*Handlungsoptionen im liberalisierten Elektrizitätsmarkt*, 12. November 2001, ZEW-Gebäude

*Novelle des Betriebsverfassungsgesetzes*, 14. November 2001, ZEW-Gebäude

*Präsentationen individuell gestalten*, 6. November 2001, ZEW-Gebäude

*Volkswirtschaftliche Daten interpretieren*, 7. November 2001, ZEW-Gebäude

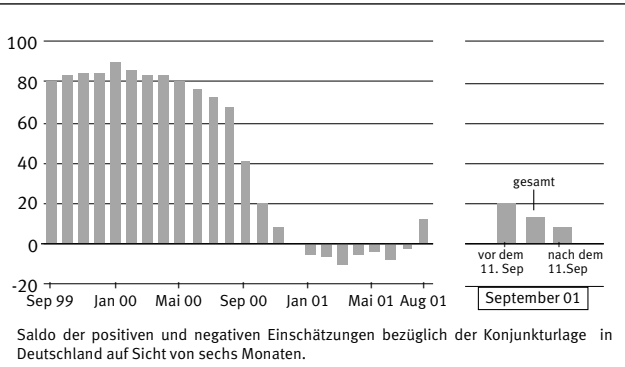
*Wirtschaftliche Fragestellungen kompetent analysieren*, 12. November 2001, ZEW-Gebäude

Ankündigungen zu ZEW-Veranstaltungen finden Sie auch auf den ZEW-Internetseiten unter [www.zew.de](http://www.zew.de)

Wir senden Ihnen auch gerne das aktuelle ZEW-Seminarprogramm zu: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail: [pauli@zew.de](mailto:pauli@zew.de)

## Daten und Fakten

### ZEW-Konjunkturerwartungen: Trotz Terror – der Optimismus hält noch an

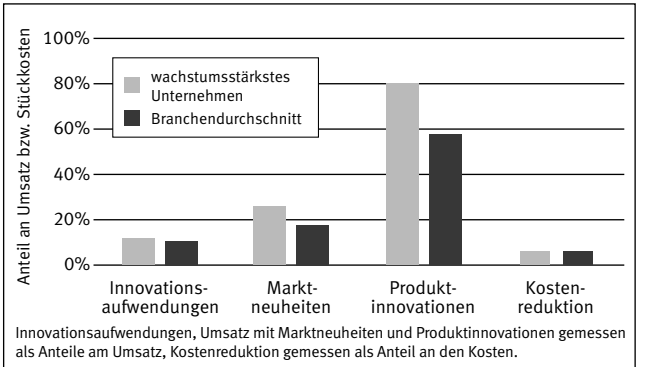


Quelle: ZEW

Der Saldo der ZEW-Konjunkturerwartungen für Deutschland ist im September um 2,3 Punkte auf +13,7 Punkte gestiegen. Bis einschließlich 11. September – dem Tag der Attentate auf New York und Washington – antworteten 131 Finanzanalysten, aus deren Umfrageergebnissen sich ein Indikatorwert von +20,8 Punkten errechnet. Nach dem 11. September antworteten 168 Teilnehmer. Hier ergibt sich ein Saldo von +8,0 Punkten – ein Rückgang gegenüber dem Vormonatwert. Die Anschläge in den USA haben den Optimismus der Experten offensichtlich gedämpft. Aber auch nach dem Anschlag überwiegen die Optimisten deutlich.

Felix Hüfner, [huefner@zew.de](mailto:huefner@zew.de)

### Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik: Wachstumserfolge mit neuen Produkten

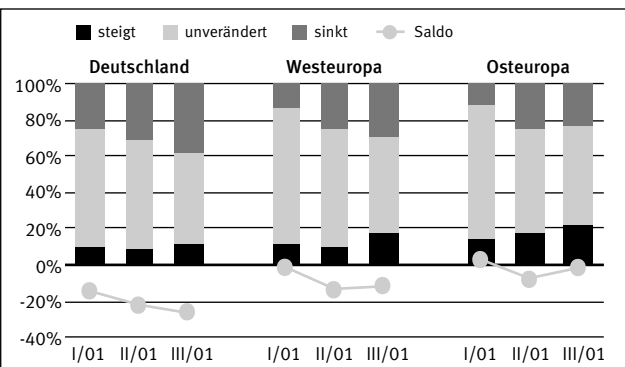


Quelle: ZEW, Mannheimer Innovationspanel, Erhebung 2000

Umsatzwachstum geht in der Optik, Medizin-, Mess-, Steuer- und Regelungstechnik mit einem sehr hohen Stellenwert innovativer Produkte einher. Das zeigt das vom ZEW erstmals durchgeführte Innovations-Benchmarking. Die dynamischsten Unternehmen der Branche erzielen fast 80 Prozent ihres Umsatzes mit neuen oder merklich verbesserten Produkten und mehr als 25 Prozent mit Marktneuheiten. Diese Werte liegen deutlich über dem Branchendurchschnitt von 57 Prozent beziehungsweise 17 Prozent. Die Kosteneinsparungen, die expandierende Unternehmen mit Prozessinnovationen erreichen, liegen wie in der Branche insgesamt bei rund sechs Prozent.

Thomas Hempell, [hempell@zew.de](mailto:hempell@zew.de)

### Schienengüterverkehr bleibt Sorgenkind der Verkehrswirtschaft

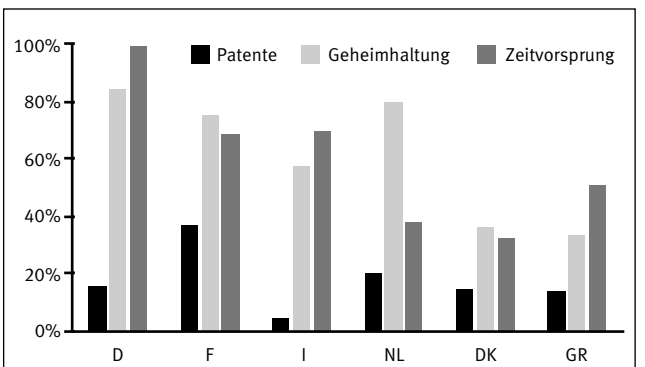


Quelle: ZEW

Nicht nur wegen der schlechten konjunkturellen Lage kämpft der Schienengüterverkehr mit geringem Transportaufkommen. Im innerdeutschen Verkehr hat das „Mora C“ Konzept die verladende Industrie verunsichert. Die bis zu 1.000 Anschlüsse, die die Bahn stilllegen will, lassen die Experten des German Parcel TransportmarktBarometers von Prognos/ZEW in den vergangenen drei Quartalen eher skeptisch in die Zukunft blicken. Im internationalen Verkehr ist zwar in diesem Quartal eine leichte Verbesserung zu erkennen. Sie sollte aber nicht über die technischen Restriktionen und die unzureichende internationale Zusammenarbeit hinwegtäuschen.

Sigurd Weinreich, [weinreich@zew.de](mailto:weinreich@zew.de)

### Europäische IKT-Dienstleister: Maßnahmen zum Schutz von Innovationen



Quelle: ZEW-Befragung „KNOW 2000“

Europäische Dienstleistungsunternehmen der Branche Informations- und Kommunikationstechnologie (IKT) ergreifen unterschiedliche Maßnahmen, um ihre Innovationen zu schützen. Patente werden im Vergleich zur Geheimhaltung der Aktivitäten des Unternehmens oder zu Zeitvorsprüngen bei der Entwicklung und Markteinführung seltener verwendet. Dafür gibt es nach Auskunft der IKT-Dienstleister verschiedene Gründe. Einerseits sei das Patentieren bei der Schnelllebigkeit der Produkte in der Branche kaum lohnenswert. Andererseits gebe man bei den ohnehin einfach zu kopierenden Produkten zu viele Informationen preis.

Dirk Czarnitzki, [czarnitzki@zew.de](mailto:czarnitzki@zew.de)



# standpunkt

## Tobin-Steuer

**M**it dem französischen Premierminister Jospin hat sich wohl erstmalig ein hoch rangiger Regierungschef für die Einführung einer Steuer auf (spekulative) Devisentransaktionen ausgesprochen, und auf dem deutsch-französischen Gipfel Anfang September dieses Jahres wurde die Einrichtung einer Arbeitsgruppe beschlossen, die sich mit den Möglichkeiten für eine bessere Kontrolle der Finanzmärkte befassen soll. Dabei spiele diese Steuer indessen nicht die einzige Rolle, sondern – so Bundeskanzler Schröder – über alle Instrumente solle gesprochen werden, die geeignet seien, die Globalisierung „ökonomisch effizient zu gestalten, zugleich aber sozial zu kontrollieren“, was immer dies konkret heißen mag.

Erwartungsgemäß haben sich sozialistische Gruppierungen nahezu euphorisch zu diesem Ergebnis des Gipfels geäußert, weil nun die „linke Idee einer Alternative zum liberalen amerikanischen Modell ihren Weg“ machen werde. Bereits früher hatten organisierte Globalisierungsgegner wie etwa „Attac“ für eine solche Steuer plädiert, um damit die internationalen Finanzströme einzudämmen und gleichzeitig den ärmsten Ländern der Welt zu helfen.

Von einer solchen Vereinnahmung hat sich der amerikanische Ökonom und Nobelpreisträger James Tobin kürzlich in einem Interview mit deutlichen Worten distanziert. Sein Vorschlag aus dem Jahr 1978, eine Steuer auf kurzfristige Devisentransaktionen zu erheben, sollte dazu beitragen, Wechselkurse gegen Spekulationswellen zu stabilisieren.

Dass spekulative internationale Finanztransaktionen die nominalen Wechselkurse temporär beeinflussen und verzerren können, wird man kaum bestreiten können. Solche Verzerrungen können über die kurze Frist hinaus gehen und sogar Arbeitsplätze kosten. Genau diese Problematik sprach bekanntlich seinerzeit für die Einrichtung der Europäischen Währungsunion. Berechtigt mögen zudem Zweifel an der Rationalität einiger Akteure auf den Finanzmärkten sein. Die Kursentwicklung auf den Aktienmärkten

in den vergangenen Monaten bietet dafür reichliches Anschauungsmaterial.

Gleichwohl werden die meisten Wechselkurspekulationswellen durch (wirtschafts-)politische und realwirtschaftliche Fehlentwicklungen ausgelöst. Die beste Prophylaxe gegen spekulative Finanztransaktionen ist daher immer noch eine glaubwürdige, auf Stabilität ausgerichtete heimische Wirtschaftspolitik, auch wenn diese Medizin Sozialisten oder Globalisierungsgegnern nicht schmeckt. Stattdessen mit Hilfe einer Tobin-Steuer Sand ins Getriebe internationaler Devisentransaktionen streuen zu wollen, führt aus mehreren Gründen in die Irre.

Erstens müssten alle Staaten diese Steuer einführen, da sonst zusätzliche Steueroasen entstehen könnten. Zweitens dürften konsequenterweise nur spekulative Devisentransaktionen besteuert werden. Eine Unterscheidung in spekulative Devisentransaktionen und solche, die realwirtschaftliche Gründe haben, ist praktisch kaum möglich, sodass es auf kurzfristige Kapitalbewegungen als Besteuerungsgrundlage hinauslaufen würde. Eine solche Fristigkeit würde ebenfalls zu Vermeidungsaktivitäten einladen, dazu reicht die Phantasie der Beteiligten auf den Finanzmärkten allemal. Davon abgesehen führt drittens eine solche Steuer auch auf realwirtschaftlich begründete Devisentransaktionen zu einer Verzerrung der optimalen Verwendung des Finanzkapitals. Ob dies durch andere Wohlfahrtsgewinne ausgeglichen würde, erscheint zweifelhaft. Schließlich viertens: Soll die Finanzierung einer sicherlich diskussionswürdigen Hilfe für die ärmsten Länder am Ausmaß spekulativer Devisentransaktionen fest gemacht werden und auf umso schmalere Basis ruhen, je nachhaltiger die Tobin-Steuer wirkt? Wohl kaum, und das wär's dann.

Wolfgang Franz

# ZEW

Zentrum für Europäische  
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

**ZEW news** – erscheint zehnmal jährlich

**Herausgeber:** Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim

L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Tel. 0621/1235-01 · Fax 1235-224 · Internet: www.zew.de

Präsident: Prof. Dr. Wolfgang Franz

**Redaktion:** Katrin Voß, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail voss@zew.de

Dr. Herbert S. Buscher, Telefon 0621/1235-135, Telefax 0621/1235-222, E-Mail buscher@zew.de

**Nachdruck und sonstige Verbreitung:** mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplares

**Druck:** Offset-Friedrich, Ubstadt-Weiher